



Im Beckwourth Complex Fire verschmolzen 2021 zwei Brände miteinander und zerstörten das nordkalifornische Städtchen Doyle fast vollständig.

NOAH BERGER / AP

Kommt es in Kalifornien zum Klima-Exodus?

Moderne amerikanische Geschichte ist seit je Migrations- und Fluchtgeschichte. Jetzt bringt der Klimawandel die Bevölkerungstektonik in den USA ins Wanken.

Gastkommentar von Claudia Franziska Brühwiler

Es ist eines der berühmtesten Porträts der amerikanischen Fotogeschichte: das von Sorgenfalten durchzogene, wettergegerbte Gesicht einer Mutter, die angstvoll in die Ferne blickt, während sich zwei ihrer Kinder an ihre Schultern schmiegen und halb hinter ihr verstecken. Im Auftrag einer Bundesbehörde, die unter Franklin D. Roosevelts New Deal die Landbevölkerung unterstützen wollte, dokumentierte Dorothea Lange die Zustände auf Kaliforniens Feldern. 1936 stiess sie auf ein Lager mit Wanderarbeitern, unter ihnen die siebenfache Mutter Florence Owens Thompson, deren hartes Leben sichtlich Spuren in ihrem Gesicht hinterlassen hat und sie deutlich älter als ihre 32 Jahre erscheinen liess.

Thompson war eine von Hunderttausenden sogenannten «Okies», die den Gliedstaat Oklahoma auf der Flucht aus der Dust Bowl verlassen hatten. Wörtlich übersetzt eine «Staubschüssel», bezeichnet Dust Bowl mehrere Dürreperioden in den dreissiger Jahren, die auf den Great Plains, den grossen Ebenen östlich der Rocky Mountains, zu Staubstürmen führten. Früher hätte Präriegras den Boden vor Erosion geschützt, doch hatte das resistente Gras Feldern weichen müssen. Die Dust Bowl war damit auch eine menschengemachte Katastrophe.

Dürre und Flut

Die «Migrant Mother», so der Titel von Dorothea Langes Aufnahme, gibt der Klimamigration ein Gesicht. Klima- und Umweltmigration sind zwar Phänomene, so alt wie die Migrationsgeschichte selbst, doch haben sie sich erst im vergangenen Jahrzehnt vom Nischenforschungsbereich zum breit diskutier-

ten Problem entwickelt. Während Differenzierungen zwischen Umweltflucht und -migration, Klimafucht und -migration, Umwelt- und Katastrophenvertreibung sowie die damit verbundenen rechtlichen Folgen debattiert werden, geht es im Kern immer um dasselbe: Menschen, die wegen widriger Umweltbedingungen wie beispielsweise Dürre oder Flut ihre Heimat verlassen und sich woanders niederlassen müssen. Oft liegt dabei das Augenmerk auf grenzüberschreitender Migration oder auf Inselstaaten und Küstengebieten, denen massiver Landverlust droht. Auch in den USA widmet sich ein Teil der Diskussion Klimamigranten aus Lateinamerika; grössere politische Verwerfungen drohen aber bei der Frage der Binnenmigration. Die nächste Great Migration, davor warnen Forscher, sei die Klimamigration – und sie habe bereits begonnen.

Von der ursprünglichen Besiedlung durch die indigene Bevölkerung über die Ankunft der Pilgerväter bis zur Erschliessung des Landes nach Westen und zu den Wellen von Wirtschaftsflüchtlingen aus aller Welt: Amerikanische Geschichte ist seit je Migrations- und Fluchtgeschichte. Die grösste Binnenmigrationsbewegung, die eigentliche Great Migration, vollzog sich zwischen 1910 und 1970 und war mehr noch als die Dust Bowl menschengemacht: Schätzungsweise sechs Millionen Afroamerikaner entflohen den Rassentrennungsgesetzen und den auch dadurch bedingten misslichen Lebensbedingungen in den Südstaaten. Sie zogen in die Grossstädte im Norden – mit enormen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Folgen.

In den fünfziger Jahren setzte eine Gegenbewegung ein, die mit der Einführung wirksamer und günstiger Klimaanlagen noch verstärkt wurde. Der

«sun belt», der Sonnengürtel südlich des 36. Breitengrades, begann wirtschaftlich aufzublühen und konkurrierte vor allem den Mittleren Westen als Wirtschaftsstandort. Die nächste Great Migration soll nun aber andere Ursachen haben: Der Soziologe Matthew Hauer rechnet damit, dass bis zur Jahrhundertwende 13,1 Millionen Amerikaner allein wegen des steigenden Meeresspiegels umsiedeln müssen. Andere Schätzungen gehen von bis zu 50 Millionen Binnenmigranten aus, die von den Südstaaten und den Küstengebieten in den Norden und den Mittleren Westen ziehen werden.

2021 zählte die Bundesregierung zwanzig extreme Wetterereignisse, die jeweils mehr als eine Milliarde Dollar an Schaden anrichteten. Die Bilder der kalifornischen Waldbrände, die über Wochen den Himmel über San Francisco rot färbten, sind noch immer präsent und erklären zum Teil, warum viele glauben, Kalifornien werde der erste Gliedstaat sein, der unter Klimamigration leiden wird. Ende 2021 machte in den Medien der Begriff des «California Exodus» die Runde, wonach der «Golden State» an Glanz und damit erstmals auch an Bewohnern verloren habe. Schuld daran seien aber nicht nur die zusehends schwierigeren Umweltbedingungen, sondern auch die landesweit höchsten Lebenshaltungskosten und die regulatorischen Rahmenbedingungen.

Wegzug von Tesla

Befeuert wurde das Narrativ zudem von Persönlichkeiten wie dem Unternehmer Elon Musk, der die Firmenzentrale von Tesla vom Silicon Valley ins texanische Austin verlegte. Mittlerweile hat das California Policy Lab, ein unabhängiger, universitätsbasierter Think-Tank, die Angst vor einem Massenexodus entkräftet: Einzig San Francisco hatte eine ungewöhnlich hohe Nettoabwanderung zu verzeichnen, wobei aber die Mehrheit der Stadt nur entflohen, um sich andernorts in der Region wieder niederzulassen. Dennoch muss sich gerade Kalifornien vermehrt mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen, nicht zuletzt mit jenen, die im Gegensatz zu Dürre, Bränden oder Erosion weniger sichtbar sind: Seit 2000 hat sich in Kalifornien die Rate der Infektionen mit Kokzidioidomykose verachtfacht. Die Krankheit ist bekannter unter dem fast schon romantischen Namen «Valley Fever», Talfieber, da sie im San Joaquin Valley erstmals identifiziert wurde. Während für die einen das Talfieber symptomfrei oder nur wie eine lästige Grippe verlaufen kann, verursacht es bei anderen bleibende Schäden an der Lunge. Sich davor zu schützen, ist äusserst schwierig, denn die Infektion erfolgt beim Einatmen sporenhaltiger Luft. Unglücklicherweise gedeiht der ursächliche Pilz vor allem in jenem Klima, das zur Norm wird: nasse Winter, auf die äusserst trockene Sommer folgen. So konnte sich das Talfieber bereits auf 12 Staaten ausbreiten und soll bis zum Ende dieses Jahrhunderts in 17 Staaten zum Problem werden. Wenn die USA klimaresistenter werden möchten, müssen sie also auch an Investitionen in anderen Bereichen denken, als im Moment zur Debatte stehen.

Am 20. Juli verkündete Joe Biden bei einem Besuch eines ehemaligen Kohlekraftwerkes, seine

Seit 2000 hat sich in Kalifornien die Rate der Infektionen mit Kokzidioidomykose verachtfacht – auch eine Folge des Klimawandels.

Regierung wolle 2,3 Milliarden Dollar investieren, damit sich Gemeinden besser gegen die Folgen des Klimawandels wappnen könnten. Zudem gab er den Spekulationen Nahrung, er werde bald den Klimanotstand ausrufen. Die Anwesenden spendeten höflich Applaus, doch zu jenem Zeitpunkt hing Bidens noch ambitionierteres Klima- und Sozialpaket im Senat fest, und das ausgerechnet wegen eines Demokraten, Senator Joe Manchin aus West Virginia.

Mittlerweile kam es nicht nur im Senat zu einer überraschenden Einigung, auch das Repräsentantenhaus hat dem über 300 Milliarden US-Dollar schweren Investitionspaket zugestimmt. Umweltpolitik auf Bundesebene wird dennoch nicht einfacher, denn der Supreme Court schränkt den Spielraum Washingtons weiter ein: Die Bundesumweltschutzbehörde EPA könne, so die Mehrheit von 6 zu 3 Richtern, ohne Autorisierung durch den Kongress keine Emissionsobergrenzen für Kraftwerke durchsetzen. Zudem bedarf es gerade in Klimafragen der Zusammenarbeit über ideologische Gräben hinaus, wie die Auseinandersetzungen der Demokraten mit ihrem eigenen Senator Manchin zeigten. Wer dies gleich als zynisch abtun und den Republikanern jedes Interesse daran absprechen will, macht es sich zu einfach. Tatsächlich gibt es einen Katalog an Massnahmen, die auch eine Mehrheit der republikanischen Wähler befürworten würde, von Aufforstung bis zu Emissionssteuern für Unternehmen. Allerdings ist es angesichts des ewigen Wahlkampfs unmöglich, auf einen Konsens hinzuarbeiten.

Vielversprechender ist da die Arbeit der Gliedstaaten selbst, allen voran Kaliforniens, das unter Gouverneur Gavin Newsom fast 54 Milliarden Dollar einsetzen will, um seine Klimaziele zu erreichen. Schliesslich müsste aber der stärkste Druck von jenen Wählern kommen, die zu Klimamigranten oder -vertriebenen werden und dadurch die politischen Mehrheitsverhältnisse in Gliedstaaten verändern oder in ihrer Heimatregion Forderungen stellen werden. Für Letzteres bieten zwei Gemeinden Anschauungsmaterial, die sich an fast entgegengesetzten Enden der USA befinden und als erste Opfer des Klimawandels gelten: Newtok in Alaska und die Isle de Jean Charles, die Teil des Inselgeflechts vor der Küste Louisianas ist. Während Newtok durch Erosion und das Schmelzen des Permafrosts zur Insel wurde, ist die Isle de Jean Charles seit 1955 um 98 Prozent geschrumpft und droht nun vollends unterzugehen.

Die Bewohner beider Orte kämpften jahrelang um Unterstützung bei der Umsiedlung, damit die Gemeinschaften fortbestehen können. Newtok und die Isle de Jean Charles trennen zwar Tausende Kilometer, aber sie eint nicht nur das Schicksal, sondern auch ihre Wurzeln. Beides sind mehrheitlich indigene Gemeinschaften, die schon einmal gezwungen waren, ihre eigentliche Heimat aufzugeben. Newtok zählt weniger als 400, die Isle de Jean Charles weniger als 100 Bewohner – doch liegen Experten in ihren Schätzungen richtig, sind sie nur eine winzige Vorhut von Klimamigranten in den USA.

Claudia Franziska Brühwiler ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin für Amerikanistik an der Universität St. Gallen.